Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

14.12.1994 - Beschlußprotokoll 65. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
65. Sitzung
14. 12. 94
Nr. 13/915 — 13/916

Nr. 13/915

Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1995

Mitteilung des Senats vom 15. November 1994
(Drucksache 13/1038)

D a z u

Anträge und Änderungsanträge der Gruppe der DVU (Drs. 13/1055 bis 13/1067), der CDU (Drs. 13/1070) sowie der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP (Drs. 13/1071 bis 13/1088, 13/1090 und 13/1093)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen Drs. 13/1071 bis 13/1084, 13/1090 und 13/1093 der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag (Drs. 13/1085) wie folgt zu:

„Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

1. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit spricht sich die Bürgerschaft dafür aus, die bewährten arbeitsmarktpolitischen Programme der Freien Hansestadt Bremen auch 1995 auf quantitativ und qualitativ hohem Niveau fortzusetzen. Da Wirtschaftswachstum allein nicht mehr automatisch zum Abbau der Arbeitslosigkeit führt, können insbesondere die Chancen von Frauen, Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen jungen Erwachsenen nur durch den aktiven Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nachhaltig verbessert werden. Zur Verfügung stehende Drittmittel der Bundesanstalt für Arbeit und der EU sollen daher auch zukünftig zur Realisierung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durch entsprechende Landeskomplementärmittel gebunden werden.
2. Nach der endgültigen Entscheidung über den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit 1995 wird die Bürgerschaft durch den Haushaltsausschuß insbesondere die zur Bindung der ABM-Mittel der Bundesanstalt für Arbeit notwendigen Personalergänzungsmittel im Haushaltsvollzug bereitstellen."

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag (Drs. 13/1086) wie folgt zu:

„Fortführung der Gemeinsamen Landesplanung mit Niedersachsen

Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, daß das niedersächsische Kabinett vor dem Hintergrund der dortigen Sparnotwendigkeiten der seit zwei Jahren wieder angelaufenen Gemeinsamen Landesplanung durch die beabsichtigte Streichung der Mittel für 1995 und 1996 die Grundlage entzieht.

Sollte das niedersächsische Parlament wieder Mittel für die Gemeinsame Landesplanung in den Haushalt einstellen, wird Bremen sich mit insgesamt bis zu 1,5 Millionen DM komplementär beteiligen.

Die dann erforderlichen Mittel sind im Haushaltsvollzug zu erwirtschaften."

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag (Drs. 13/1090) wie folgt zu:

„Sanierungsprogrammgerechte Finanzierung des ISP 1994/95

Zur sanierungsprogrammgerechten Finanzierung des ISP sind für die Jahre 1994/95 insgesamt 200 Mio. DM darzustellen. Da wegen des Verkaufs der Beamtenbau-Gesellschaft erst im November 1994 die für 1994 ursprünglich eingeplanten 75 Mio. DM nicht mehr vollständig eingesetzt werden konnten (minus 13,5 Mio. DM), müssen 1995 statt ursprünglich rd. 125 Mio. DM insgesamt 138,5 Mio. DM für die Durchführung des ISP bereitgestellt werden.

Um nicht vor den finanziellen Engpässen wie schon 1994 wieder Anfang 1995 zu stehen, sind die bisherigen Vermögenserlöse sowie die absehbar sicheren Erlöse für die Anfangfinanzierung des ISP einzusetzen.

Der Senat wird aufgefordert, die in 1994 nicht für Maßnahmen des Investitionssonderprogramms verwandten Erlöse aus der Veräußerung der Beamtenbau-Gesellschaft für die Finanzierung der zweiten Rate des Investitionssonderprogramms so zur Verfügung zu stellen, daß die Sanierungsziele nicht gefährdet werden."

Die Änderungsanträge Drs. 13/1055 bis 13/1067 der Gruppe der DVU sowie der Antrag Drs. 13/1070 der Fraktion der CDU werden abgelehnt.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1995 mit Änderungen (Drs. 13/1071 bis 13/1084 sowie Drs. 13/1093) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Stellenplan der Freien Hansestadt Bremen 1995.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen (Drs. 13/1087 und 13/1088) zum Haushaltsgesetz 1995 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen 1995 mit Änderungen (Drs. 13/1087 und 13/1088) in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz in der in erster Lesung angenommenen Fassung in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Finanzplan 1994 bis 1998 Kenntnis.

Nr. 13/916

Zusätzliche Maßnahmen zur Haushaltssicherung
Mitteilung des Senats vom 15. November 1994
(Drucksache 13/1039)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Druck: Hans Krohn, Bremen